Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3591

Antrag
der Fraktion der SPD

betr. Menschenraub in Berlin.

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Bundesregierung zu ersuchen, dem Bundestag so rasch wie möglich in einem Weißbuch die Fälle von politischem Menschenraub zu unterbreiten, die sich in den letzten Jahren in Westberlin ereignet haben und insbesondere die Umstände im Zusammenhang mit der gewaltsamen Entführung des Rechtsanwalts Dr. Walter Linse am 8. Juli 1952 darzulegen. Das Weißbuch sollte außerdem Mitteilungen darüber enthalten, welche Schritte die Regierungen der Westmächte bei der Regierung der Sowjetunion unternommen haben, um gegen die verbrecherischen Maßnahmen sowjetzonaler Dienststellen zu protestieren und auf Freilassung der Entführten zu dringen;

2. die Bundesregierung weiter zu ersuchen, beim Europarat unter Berufung auf die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und bei den Vereinten Nationen unter Berufung auf die Erklärung über die Menschenrechte energische Vorstellungen gegen das Verbrechen des Menschenraubs zu erheben und das internationale Rechtsbewußtsein zum Schutz von Menschenleben aufzurufen.

Bonn, den 9. Juli 1952

Ollenhauer und Fraktion